

ISRAEL
PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES
DR. HANS MARIA HEYN
JÖRG KNOCHA

3. Juni 2013

Die neue Relevanz der Arabischen Friedensinitiative

In den aktuellen Bemühungen der Obama-Administration um eine Wiederbelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses erlangt die Arabische Friedensinitiative von 2002 neue Bedeutung. Angesichts vieler Instabilitäten in der Region Nahost/Nordafrika könnte eine Konfliktlösung, die von der gesamten Arabischen Liga mitgetragen wird, eine gefährliche Quelle von Spannungen und Gewalt beseitigen.

Beschlossen wurde die Arabische Friedensinitiative (*Arab Peace Initiative, API*) im März 2002 auf dem Beirut Gipfel der Arabischen Liga.¹ Der saudische Kronprinz Abdullah (seit 2005 König) hatte sie vorgeschlagen. Die API ist weniger als Fahrplan zum Frieden gedacht; sie ist vielmehr eine Absichtserklärung, die zeigen soll, dass die arabischen Länder mit einer Stimme sprechen, wenn es um die Lösung des israelisch-arabischen Konflikts geht. Kernpunkt ist dabei die Gründung eines palästinensischen Staates. Im Gegenzug wird die Etablierung normaler Beziehungen mit Israel in Aussicht gestellt.²

Die Initiative fordert von Israel:

„A. Vollständiger Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten, einschließ-

lich der syrischen Golanhöhen, hinter die Linie vom 4. Juni 1967 sowie aus den noch besetzten Gebieten im Südlibanon.

B. Erreichen einer gerechten Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge; diese ist in Übereinstimmung mit Resolution 194 der VN-Generalversammlung³ zu vereinbaren.

C. Zustimmung zur Schaffung eines unabhängigen und souveränen Palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt in den Palästinensischen Gebieten (Westjordanland und Gazastreifen), die seit Juni 1967 besetzt sind.“⁴

Im Gegenzug bietet die Arabische Liga an,

- „den israelisch-arabischen Konflikt als beendet zu betrachten, einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen und Frieden für alle Staaten in der Region zu verwirklichen“ sowie
- „normale Beziehungen zu Israel im Rahmen dieses umfassenden Friedens herzustellen“.⁵

¹ Der Arabischen Liga gehören gegenwärtig 21 Staaten an, darunter das als Staat anerkannte Palästina. Die Mitgliedschaftsrechte Syriens, des 22. Staates, ruhen zurzeit. Siehe <http://www.arableagueonline.org/hello-world/#more-1> [30.05.2013].

² Vgl. Joshua Teitelbaum, „The Arab Peace Initiative: A Primer and Future Prospects“, *Jerusalem Center for Public Affairs*, 2009, in: <http://jcpa.org/text/Arab-Peace-Initiative.pdf> [30.05.2013].

³ Diese Resolution besagt, dass friedliebenden palästinensischen Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat zum frühest möglichen Zeitpunkt erlaubt werden sollte. Vgl. UNISPAL, *General Assembly Resolution 194*, in: http://unispal.un.org/UNISPAL_NSF/O/C758572B78D1CD0085256BCF0077E51A [30.05.2013].

⁴ Vgl. die englische Übersetzung der „Beirut Erklärung“ in http://news.bbc.co.uk/2/hi/world/monitoring/media_reports/1899395.stm [30.05.2013].

⁵ Vgl. Fn. 4.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

DR. HANS MARIA HEYN

JÖRG KNOCHA

3. Juni 2013

Die API spricht zwar von der Notwendigkeit einer „gerechten Lösung“ für die palästinensischen Flüchtlinge, lehnt allerdings deren Patriierung ab, sollten die besonderen Umstände in den jeweiligen Gastländern dem entgegenstehen.

Hinter dieser Formulierung steht ein Vetorecht derjenigen Länder, die palästinensische Flüchtlinge aufgenommen haben und um ihr eigenes demografisches Gleichgewicht besorgt sind. Das betrifft vor allem den Libanon, wo die Flüchtlinge im Gegensatz zu den Palästinensern in Jordanien und Syrien - vor Ausbruch des Bürgerkrieges - nicht in die Gesellschaft integriert wurden.

Ungeklärt bleibt in der Initiative, wie eine gerechte Lösung aussehen soll, wenn weder Israel noch die Gastländer bereit sind, Verantwortung für die Flüchtlinge zu übernehmen.

Hintergrund der Initiative

Die Jahrzehnte lange starre und ablehnende Haltung der arabischen Welt gegenüber einer Normalisierung in den Beziehungen mit Israel manifestierte sich in einer Resolution der Arabischen Liga kurz nach der Niederlage im Sechstagekrieg 1967. Internationalen Aufrufen zu Verhandlungen wurde darin ein „dreifaches Nein“ entgegengesetzt: Nein zu einem Frieden mit Israel, nein zur Anerkennung Israels und nein zu Verhandlungen mit Israel.

Die historische Bedeutung der API liegt vor allem darin, dass sie der Politik des „dreifachen Nein“ eine klare Absage erteilte. Der Prozess auf dem Weg dazu setzte bereits in den 1970er Jahren ein. Dem ägyptischen Friedensvertrag mit Israel folgte die schrittweise Annäherung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an Israel. 1982 entwarf der damalige saudische König Fahd einen Plan, der zur Grundlage der zwei Jahrzehnte später verabschiedeten arabischen Friedensinitiative wurde. Dem Oslo-Abkommen zwischen Israelis und Pa-

lästinensern folgte 1994 der israelisch-jordanische Friedensvertrag.

Durch den Ausbruch der Zweiten Intifada im Herbst 2000 erkannten die arabischen Staaten, dass die Eskalation zu einer Destabilisierung der gesamten Region führen könnte. Die neu gegründeten pan-arabischen Satellitensender übertrugen zum ersten Mal das Leid der palästinensischen Bevölkerung in alle Teile des Nahen Ostens, wodurch sich die öffentliche Meinung schnell aufheizte. Darüber hinaus geriet Saudi-Arabien durch die Anschläge vom 11. September 2001 unter verstärktem Druck, sein weltpolitisches Image auszubessern, da 15 der 19 Flugzeugentführer saudische Staatsbürger waren.

So war es die Initiative der Saudis, die dazu führte, dass ein wiederbelebter und angepasster Fahd-Plan am 27. März 2002 einstimmig auf dem Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Beirut verabschiedet wurde. Auf dem Gipfeltreffen 2007 in Riad wurde der Inhalt der Initiative nochmals bekräftigt. Die Veränderungen des Arabischen Frühlings haben trotz des Machtgewinns islamistischer Gruppen bisher nicht dazu geführt, dass es eine ernsthafte Debatte darüber gibt, den Inhalt der Friedensinitiative zu verändern oder diese komplett zurückzuziehen.

Die API bleibt auf der Tagesordnung

Erst kürzlich, am 29. April 2013, setzte der Premierminister von Katar, Scheich Hamad bin Jassem al-Thani, die API erneut auf die Tagesordnung der internationalen Politik. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Außenminister John Kerry in Washington erklärte er, die Arabische Liga bestehe zwar darauf, dass Israel sich hinter die bis zum Sechstagekrieg von 1967 bestehenden Grenzen zurückziehe; sie sei aber bereit zu akzeptieren, dass auf einvernehmlicher Basis ein geringfügiger Gebietsaustausch (*comparable, mutually agreed, and minor land*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

DR. HANS MARIA HEYN

JÖRG KNOCHA

3. Juni 2013

swaps) stattfinden.⁶ – wobei offen blieb, was unter „geringfügig“ (*minor*) zu verstehen ist.

Zwar hat die gegenwärtige diplomatische Offensive von US-Außenminister John Kerry zum Ziel, Israelis und Palästinenser zur Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zu bewegen; sie bemüht sich aber auch um breite Unterstützung in der Region. Das erklärt die positiven Äußerungen Kerrys zur API.⁷ Bereits im Frühjahr 2009 hatte der US-Nahostgesandte George Mitchell erklärt, die Obama-Administration wolle die API in ihre Nahostpolitik „integrieren“ (*incorporate*).⁸

Israelische Reaktionen

Die israelischen Reaktionen auf den Versuch einer Revitalisierung der API folgen dem Muster, das seit dem Beiruter Beschluss von 2002 zu beobachten ist: Auf der rechten Seite des politischen Spektrums ist die Reaktion negativ. In der politischen Mitte und links davon sind die Antworten zwar nicht enthusiastisch, aber sehr wohlwollend. Der Tenor lautet, Israel müsse die Chancen ausloten, die in dieser Initiative stecken.

Wie bereits vor den Vereinten Nationen 2008⁹ lobte Staatspräsident Schimon Peres bei einer Veranstaltung des *World*

Economic Forum am 26. Mai 2013 im jordanischen Akaba die API als „bedeutende Wende und strategische Chance“ (*meaningful change and a strategic opportunity*).¹⁰ Ihm widersprach umgehend Wirtschafts- und Handelsminister Naftali Bennett, Führer der nationalreligiösen Partei „Das jüdische Zuhause“ und erklärter Gegner einer Zwei-Staaten-Lösung: „Die israelische Öffentlichkeit, die Tausende von Toten als Folge der Oslo-Vereinbarungen erlebt hat, weiß dank ihres gesunden Empfindens, dass der Weg zu Frieden und Sicherheit über Stärke führt, nicht über Schwäche und Kapitulation.“¹¹

Aus der oppositionellen ultraorthodox-sephardischen Shas-Partei kamen dagegen positive Signale, die auf eine Modifikation der bisherigen Parteilinie zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess hindeuten. So drängte der Knesset-Abgeordnete Jitzhak Cohen in einem Brief vom 6. Mai 2013 Ministerpräsident Netanjahu, „auch nicht die kleinste Chance auszulassen und die Machbarkeit der Friedensinitiative zu prüfen im Licht der Tatsache, dass wir in einer fast komplett muslimischen Region leben, und angesichts der Hoffnung, dass diese Initiative Grundsteine enthält, von denen aus mit dem Bau einer Brücke der Verständigung zwischen Islam, Judentum und jüdischem Staat begonnen werden kann.“¹²

⁶ Vgl. Adiv Sterman, „Palestinians say they back minor land swaps in peace deal“, *The Times of Israel* 30. April 2013, <http://www.timesofisrael.com/palestinians-say-they-back-minor-land-swaps-in-peace-deal/> [30.05.2013].

⁷ Vgl. Steven Lee Myers und Jodi Rudoren, „Kerry Calls Arab League Plan to Revive Talks With Israel a ‘Big Step’“, *The New York Times* online, 30. April 2013, in: http://www.nytimes.com/2013/05/01/world/middleeast/kerry-welcomes-arab-plan-for-israeli-palestinian-talks.html?_r=0 [30.05.2013].

⁸ Vgl. Yoav Stern und Barak Ravid, „U.S. envoy: Arab peace initiative will be part of Obama policy“, *Haaretz* online, 5. April 2009, in: <http://www.haaretz.com/print-edition/news/u-s-envoy-arab-peace-initiative-will-be-part-of-obama-policy-1.273534> [30.05.2013].

⁹ Vgl. Yitzhak Benhorin, „Peres lauds Arab peace plan“, *ynetnews.com*, 12. November 2008, in: <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3622251,00.html> [30.05.2013].

¹⁰ Vgl. Gil Ronen, „Peres Lauds ‘Arab Initiative’“, *Arutz Sheva* online, 26. Mai 2013, in: <http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/168338> [30.05.2013]; ferner Jack Khoury und Barak Ravid, „Abbas tells Israel: Palestinians won't accept deal based on temporary borders“, *Haaretz* online, 27. Mai 2013, in: <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/abbas-tells-israel-palestinians-won-t-accept-deal-based-on-temporary-borders.premium-1.526082> [30.05.2013].

¹¹ Vgl. Aaron Kalman, „Bennett says Peres wrong on Israeli willingness to capitulate“, *The Times of Israel*, 26. Mai 2013, in: <http://www.timesofisrael.com/bennett-says-peres-wrong-on-israeli-willingness-to-capitulate/> [30.05.2013].

¹² Vgl. Jonathan Lis, „Senior Shas figure urges Netanyahu to adopt Arab League peace initiative“, *Haaretz* online, 8. Mai 2013, in: <http://www.haaretz.com/news/national/senior->

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**ISRAEL
PALÄSTINENSISCHE GEBIETE**

MICHAEL MERTES
DR. HANS MARIA HEYN
JÖRG KNOCHA

3. Juni 2013

Das Wort von Cohen hat nicht zuletzt deshalb Gewicht, weil er von 1999 bis 2012 in unterschiedlichen Funktionen der israelischen Regierung angehörte, zuletzt als stellvertretender Finanzminister im Kabinett Netanjahu II. In seinem Brief mahnte er auch finanzielle Hilfen Israels für die palästinensischen Flüchtlinge an; die Arabische Friedensinitiative solle in konkrete Maßnahmen übersetzt werden, die dem Wiederaufbau in den benachbarten arabischen Staaten zugute kämen.

Auffällig ist, dass Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sich mit öffentlichen Äußerungen zur wiederbelebten API zurückhält, obwohl er seine Ablehnung dieser Initiative bei früherer Gelegenheit – beispielsweise als Oppositionsführer im Jahr 2007¹³ – deutlich bekundet hatte. Unter den Mitgliedern seines Kabinetts äußerte sich Anfang Mai 2013 gegenüber John Kerry – nicht überraschend – positiv Tzipi Livni, Justizministerin und zugleich designierte israelische Verhandlungsführerin bei künftigen israelisch-palästinensischen Friedensgesprächen.¹⁴

Naftali Bennets These, dass die Mehrheit der Israelis die API ablehne, hält einer empirischen Überprüfung nicht stand. Am 28. Mai 2013 veröffentlichte die *Jerusalem Post* die Ergebnisse einer Meinungsumfrage zu diesem Thema. Danach erklärten 55% der Befragten, sie würden die API „in einem gewissen Ausmaß“ (*to some degree*) unterstützen, während 27% sich „entschieden dagegen“ aussprachen und 15,5% sich unentschieden zeigten.

Bemerkenswerterweise stieg die Zahl der Befürworter sprunghaft von 55% auf 69%, als gefragt wurde, was wäre, wenn

Ministerpräsident Netanjahu sich positiv zur API stellte; in diesem Szenario sank die Zahl der entschiedenen Gegner auf 18%.¹⁵

Die Einstellungen der (partei-)politischen Akteure spiegeln sich wider in den Einstellungen unterschiedlicher Initiativen, Organisationen und Thinktanks, die sich mit dem Thema „API“ befassen. So wirbt die links von der Mitte angesiedelte *Israeli Peace Initiative*¹⁶ (IPI) dafür, dass Israel die API „als Grundlage für Friedensverhandlungen in der Region“ akzeptiert. Die IPI betrachtet die API nicht als das letzte Wort der Arabischen Liga, sondern als Ausgangspunkt für einen ernsthaften Dialog; sie selbst hat eine Reihe von Prinzipien formuliert, die sie aus dem Blickwinkel vitaler israelischer Interessen für wesentlich hält.

Die Bereitschaft der arabischen Seite, sich in der Frage des Grenzverlaufs zwischen Israel und dem Palästinenserstaat flexibel zu zeigen und einem geringfügigen Gebietsaustausch zuzustimmen, scheint den Optimismus der IPI zu bestätigen.

Demgegenüber hält das dem Likud nahe stehende *Jerusalem Center for Public Affairs* (JCPA) diese Verbesserung nicht für einen wirklichen Fortschritt, weil die arabische Seite in der Frage des „Rechts auf Rückkehr“ von Millionen palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen ins Gebiet des heutigen Staates Israel keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen lasse.¹⁷ Zur API veröffentlichte das JCPA bereits 2009 – zu Beginn der zweiten Amtszeit Benjamin Netanjahus als israeli-

[shas-figure-urges-netanyahu-to-adopt-arab-league-peace-initiative-premium-1.519918](http://www.konrad-adenauer-stiftung.de/pressenotizen/2013/06/03/shas-figure-urges-netanyahu-to-adopt-arab-league-peace-initiative-premium-1.519918) [30.05.2013].

¹³ Vgl. Ronny Sofer, „Jordanian, Egyptian FMs: This is a time of opportunity“, *ynetnews.com*, 25. Juli 2007, in: <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3429705,00.html> [30.05.2013].

¹⁴ Vgl. „Livni optimistic after talking peace with Kerry“, *The Times of Israel*, 30. Mai 2013, in: <http://www.timesofisrael.com/livni-optimistic-after-talking-peace-with-kerry/> [30.05.2013].

¹⁵ Vgl. „Poll: Most Israelis back Arab Peace Initiative“, *Jerusalem Post* online, 28. Mai 2013, in: <http://www.jpost.com/Diplomacy-and-Politics/Poll-Most-Israelis-back-Arab-Peace-Initiative-314594> [30.05.2013].

¹⁶ Vgl. Israeli Peace Initiative, 6. April 2011, in: <http://israelipeaceinitiative.com/> [30.05.2013].

¹⁷ Vgl. Jonathan D. Halevi, „An Improved Arab Peace Initiative?“, in: <http://jcpa.org/an-improved-arab-peace-initiative/> [30.05.2013].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

DR. HANS MARIA HEYN

JÖRG KNOCHA

3. Juni 2013

scher Ministerpräsident – eine umfassende negative Stellungnahme.¹⁸

Palästinensische Reaktionen

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat der ursprünglichen Initiative ihre volle Unterstützung zugesichert und äußerte sich positiv über den nun eingebrachten Änderungsvorschlag. Von Anfang an bemühte sich die PLO um israelische und internationale Unterstützung für die API. In den diversen Friedensverhandlungen mit Israel war die PLO der Arabischen Liga zwar schon seit langem weit voraus, doch verschafft die API Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas die notwendige pan-arabische Legitimation, in Verhandlungen mit Israel einzutreten und Kompromisse einzugehen.

Die derzeitige Position der Hamas wird mitunter als „konstruktive Ambivalenz“ umschrieben.¹⁹ Anfangs lehnte man die Initiative rundweg ab. Als die API am 27. März 2002 verabschiedet wurde, tötete ein Selbstmordattentäter der Hamas bei einem Anschlag in Netanja 30 israelische Zivilisten – der blutigste Anschlag der Zweiten Intifada. Der damalige geistige Führer der Hamas, Scheich Ahmed Jassin, bestätigte, dass der Anschlag als Botschaft an die Arabische Liga zu verstehen sei.

Bis heute sind die Islamisten nicht bereit, Israels Existenzrecht anzuerkennen, irgendeinen Kompromiss beim Rückkehrrecht einzugehen oder auf Teile der besetzten Gebiete zu verzichten. Nach der nun vorgeschlagenen Änderung der API lehnte der Politbürochef der Hamas, Khaled Meshal, die Idee eines Landaustauschs ab. Die Initiative würde der palästinensischen Sache schaden. Auch der Hamas-Ministerpräsident Ismail Haniyeh wies die Initiative zurück. Während des

Gipfeltreffens der Arabischen Liga 2007 hatte Haniyeh noch davon gesprochen, dass die Hamas der Initiative aus den genannten Gründen zwar nicht zustimmen könnte, sie aber auch nicht ablehne.

Angesichts der politischen Entwicklungsgeschichte der Hamas ist es jedoch nur schwer vorstellbar, dass sich die Islamisten im Falle einer Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten außerhalb des Konsenses begeben würden. Es bleibt somit zu hoffen, dass im Falle von Friedensverhandlungen auf Grundlage der API die Hamas die Bemühungen zumindest nicht offen sabotiert. Auch bewiesen die Islamisten immer wieder, dass sie sensibel auf die Meinung der palästinensischen Bevölkerung, die die API befürwortet, reagiert.

In einer Umfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR), eines Partners der KAS Ramallah, vom März 2013 unterstützen 55 Prozent der befragten Palästinenser die Initiative. Das darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass weder die API noch die verstärkten diplomatischen Bemühungen der USA auf ein großes gesellschaftliches Echo stoßen. Stattdessen herrschen Gleichgültigkeit und Pessimismus vor.

Fazit / Bewertung

Ob es zu einer Neubelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses kommt, hängt entscheidend von Israelis und Palästinensern selbst ab – von ihrer Bereitschaft, Blockaden in Gestalt von Vorbedingungen beiseite zu räumen und sich auf einen Weg einzulassen, an dessen Ende unweigerlich der Verzicht auf langgehegte Träume stehen wird. Die Vorstellung, diplomatischer Druck – von welcher Seite auch immer – könne Gesprächsbereitschaft erzwingen, hat sich schon oft genug als Illusion erwiesen.

¹⁸ Vgl. Joshua Teitelbaum, Fn. 2

¹⁹ Vgl. Michaela Birk und Ahmed Badawi, „Bedeutung und Wandel der Arabischen Friedensinitiative“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2010, Nr. 9, 35-41, in: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/RLYJRT.pdf> [30.05.2013].

Aktuelle Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass deutliche Mehrheiten auf beiden Seiten bereit sind, den Weg der Verständigung zu gehen. Von wesentlicher Bedeutung ist daher die Frage, ob

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MICHAEL MERTES

DR. HANS MARIA HEYN

JÖRG KNOCHA

3. Juni 2013

die Führungen beider Seiten neben dem politischen Willen zum Kompromiss den Mut aufbringen, sich offen gegen die zahlreichen und lautstarken „Spielverderber“ (*spoilers*) im eigenen Lager zu stellen.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird die Arabische Friedensinitiative – neben amerikanischem Engagement und europäischer Unterstützung – zu den förderlichen Rahmenbedingungen für den bilateralen Prozess gehören. Denn am Ende wird es nicht nur darum gehen, ob Israelis und Palästinenser zusammenkommen. Zur Nachhaltigkeit jeder Lösung gehört auch, dass der Staat Israel und der Staat Palästina in ihrem regionalen Umfeld voll akzeptiert werden. Nur so lässt sich der Nährboden für revisionistische Bewegungen austrocknen, und nur so werden alle Seiten auch ökonomisch von einer Lösung des Konflikts profitieren.

Das oft gebrauchte Bild vom „Fenster der Gelegenheit“ trifft auf die API sicher zu. Sie ist hinreichend vage formuliert, um Interpretations- und Verhandlungsspielräume offen zu halten – Spielräume, die von israelischer und westlicher Seite noch nie ernsthaft ausgelotet wurden.

Dass es der Premierminister von Katar war, der die API wieder auf die Agenda der Nahostpolitik setzte, scheint das Bild vom „Fenster der Gelegenheit“ zu bestätigen:

- Ebenso wie Israel sind die sunnitischen Staaten der Region tief besorgt über die Hegemoniebestrebungen Teherans; durch eine nukleare Bewaffnung käme der Iran diesem Ziel bedrohlich nahe. Es gibt in einer zentralen außen- und sicherheitspolitischen Frage derzeit also eine Interessenübereinstimmung zwischen Israel und der überwältigenden Mehrheit seiner Nachbarn.
- Der palästinensische Präsident Abbas ist sich bewusst, dass der Status quo für die palästinensische Bevölkerung

untragbar ist. Die Ruhe, die derzeit in den Palästinensischen Gebieten vorherrscht, ist angesichts des fortgesetzten israelischen Siedlungsbaus, zunehmender Siedlergewalt und einer stagnierenden Wirtschaft kein Schutz vor zukünftigen Eskalationen.

- Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die API in einigen Mitgliedstaaten der Arabischen Liga an Zustimmung verliert – nicht nur im Libanon und in Syrien, sondern auch, unter dem Einfluss der Islamisten, in Ägypten und Tunesien²⁰. Es ist kein Zufall, dass gerade arabische Monarchien wie Saudi-Arabien und Katar, die dank ihrer religiös grundierten Legitimität gegen den Druck der „arabischen Straße“ – jedenfalls vorläufig – gefeit sind, die Revitalisierung der API voranzutreiben versuchen.

²⁰ Vgl. z.B. „Tunisia: Public and official rejection of normalisation with Israel“. *Middle East Monitor*, 22. April 2013, in: <http://www.middleeastmonitor.com/news/africa/5798-tunisia-public-and-official-rejection-of-normalisation-with-israel> [30.05.2013].